

Dieter S. Lutz

Statt eines Vorworts: Wider die Paradoxien der europäischen Sicherheit!

Das Jahr 1999 war ein Jahr der Jubiläen: großer und bedeutender wie der fünfzigste Jahrestag der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages; eher kleinerer wie die Veröffentlichung des vorliegenden Buches, das heißt des fünften Bandes der 1995 begründeten OSZE-Jahrbuchreihe.

1999 war aber auch und vor allem das Jahr des Kosovo-Krieges: Über einen Zeitraum von fast einem Jahrzehnt hinweg hatten die Kosovo-Albaner kaum Gehör bei der europäischen Völkergemeinschaft gefunden. Erst als die soziale Verteidigung der Kosovo-Albaner in den bewaffneten Kampf umschlug, erst als aus Freiheitskämpfern Terroristen wurden, erst als die Serben begannen, albanische Zivilisten zu massakrieren, erst als albanische Nationalisten drohten, um eines Großalbanien willen den gesamten Balkan in einen Krieg zu verwickeln, erst da erwachte Europa aus seiner Lethargie und zwang Serben und Kosovo-Albaner an den Verhandlungstisch von Rambouillet. Zu spät! Fünf nach zwölf ist Prävention nicht mehr möglich. Schon gar nicht, wenn die bitter notwendigen Strukturen, Mechanismen, Finanzmittel und Personen für eine effektive und erfolgreiche Prävention fehlen bzw. erst gefunden oder aufgebaut werden müssen. So scheiterte das Holbrooke-Milošević-Abkommen vom Oktober 1998 u.a. deshalb, weil die zugesagten 2.000 OSZE-Verifikateure im gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystem nicht vorgehalten werden und im Herbst 1998 auch nicht rasch genug gefunden wurden. So kann auch das nach dem Krieg von der NATO errichtete "Protektorat", was zu deutsch "Schutz"-Gebiet heißt, bis heute Vertreibungen, Plünderungen und Mord nicht verhüten, weil schlichtweg die erforderlichen 3.000 (internationalen) Polizisten fehlen. Auch sie sind im gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystem weder vorgesehen, noch kam in den vergangenen Monaten des Krieges jemand in den Planungs- und Führungsstäben der kriegführenden Parteien auf die Idee, rechtzeitig, sprich: präventiv, eine entsprechende internationale Polizei zu suchen bzw. aufzubauen.

Wie auch das Beispiel Kosovo zeigt, wird das gegenwärtige europäische Sicherheitssystem von einer Reihe von Paradoxien und Widersprüchen geprägt. Zu diesen Paradoxien gehört das lautstarke Bekenntnis aller politischen Kräfte zur zivilen Krisenprävention einerseits und die gleichzeitige Ignoranz und Passivität der europäischen Staatengemeinschaft gegenüber erkennbaren oder gar schon eskalierenden Konfliktpotentialen andererseits. Der Satz: "Vorsorgen ist besser als Heilen" bleibt im gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystem weitgehend bloßes Lippenbekenntnis.

Anders dagegen die militärische Vorsorge. Auch sie gehört - wenngleich aus gegenläufigen Gründen - zu den großen Paradoxien des gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystems. Zwar ist in der öffentlichen Meinung die Ansicht weit verbreitet, das vergangene Jahrzehnt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sei eine "Abrüstungsdekade" gewesen und die NATO-Staaten hätten in einem nie dagewesenen Ausmaß - und zwar überproportional - abgerüstet. Doch ist diese Ansicht ein gefährlicher Irrglaube. Richtig ist vielmehr, daß die Militärausgaben der USA und der europäischen NATO-Staaten noch immer bei ca. 270 bzw. 180 Milliarden US-Dollar liegen. Die NATO gibt somit nicht nur das Zehn- bis Zwanzigfache von Rußland aus. Allein die 19 Staaten der NATO haben mit der gewaltigen Summe von über 450 Milliarden US-Dollar zugleich mehr als fünf Achtel der gesamten Rüstungsausgaben der etwa 190 Staaten dieser Welt zu verantworten. Von der Unterdrückung der Kosovo-Albaner in Jugoslawien hat der Rüstungskoloß NATO gleichwohl Serbien nicht abschrecken können. Daß darüber hinaus selbst der Einsatz der riesigen Kriegsmaschinerie das propagierte Ziel der Verhinderung einer "humanitären Katastrophe" nicht verwirklichen konnte, wurde, je länger der Krieg dauerte, immer offensichtlicher.

Zu den Paradoxien des gegenwärtigen Sicherheitssystems gehört schließlich auch, daß in den Jahren nach 1989/90 die Jahrhundertchance bestand, eine stabile und dauerhafte Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa zu schaffen. Soll die historische Chance, die sich aus der "Zeitenwende" von 1989/90 ergeben hat, nicht völlig verspielt werden, muß das Sicherheitssystem in und für Europa, wie wir es haben, endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Nochmals: Die Militärallianz NATO gibt über fünf Achtel der Weltmilitärausgaben aus. Es gelingt ihr gleichwohl nicht, Völkermord und Krieg in Europa zu verhüten. Was Europa dringend braucht, ist die Stärkung der OSZE, d.h. ihre Entwicklung hin zu einem regionalen System Kollektiver Sicherheit, wie es auch das deutsche Grundgesetz in Artikel 24 will und wie es auch die VN-Charta als regionale Einrichtung vorsieht. Die europäische Sicherheitsordnung ruht dann auf einer Rechtsordnung, die im Ordnungsfall keiner weiteren Mandatierung bedarf, sie besitzt ausreichende und effiziente Instrumente der vorbeugenden Krisenprävention und der friedlichen und zivilen Streitbeilegung ("Aggressor in einem bewaffneten Konflikt ist, wer sich dem Schiedsverfahren entzieht"), sie kann Aggressoren und Kriegsverbrecher verfolgen und vor Gericht stellen, und sie besitzt (in Kooperation mit der NATO und der WEU) militärische Erzwingungsmittel, die als *Ultima ratio* nicht der politischen Willkür Tür und Tor öffnen, sondern Ordnungsrecht folgen und gegebenenfalls wiederherstellen.